

Schlüsselbund



DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt
Stadtverband Velbert

Ausgabe 05/2017

Vor der Wahl – Nach der Wahl

„SPD läutet traditionelles linkes Halbjahr vor wichtigen Wahlen ein“ meldete die Satireseite Postillion im Februar. Ab sofort sei es erlaubt, soziale Forderungen zugunsten der Arbeiterschaft zu formulieren: Höhere Löhne, Steuern runter, Steuern rauf für Reiche, höhere Renten – völlig egal! Aber am Montag nach der Wahl müsse das alles wieder vergessen sein.

Und wenn man die Nachrichten verfolgt, dann bringt es diese Satiremeldung auf den Punkt. Kanzlerkandidat Martin Schulz redet heute viel von Gerechtigkeit, vom hart arbeitenden Mann und der Ungerechtigkeit der großen Einkommen. Konkrete Vorschläge, was er denn ändern will, gibt es außer ein paar kosmetischen Korrekturen bei Hartz IV kaum.

Im Gegenteil hält er an der Agenda 2010, die er auch schon bei der Einführung als Mitglied im SPD-Bundesvor-

stand mit verantwortet hat, fest. Im EU Parlament hat er sich für CETA, gegen die Aufklärung des Milliarden-Steuerbetrugs bei der Luxleak-Affaire und für niedrigere Löhne in Europa eingesetzt.

Auch in NRW schlägt Hannelore Kraft vor der Landtagswahl linke Töne an: Beitragsfreie Kitas für alle, Azubi-Ticket,

Wegfall der Meister-Gebühren sind zumindest konkrete Versprechen. Das kuriose dabei: Kraft ist schon Regierungschefin. Gemeinsam mit den Grünen könnte sie all das und noch viel mehr bereits heute umsetzen. Stattdessen sieht ihre Regierungsbilanz mager aus. Aus „Kein Kind zurücklassen“ ist in der Praxis „einige Kinder nicht zurücklassen“ geworden, die Wirtschaft schwächelt, die Mieten steigen.

In NRW wie im Bund macht die SPD einen Oppositionswahlkampf obwohl sie Teil der Regierung ist. Besser und glaubhafter wäre,

wenn sie mit dem werben könnte, was sie tatsächlich getan hat. Aber das wird aus gutem Grund vermieden.

Auf die Partei DIE LINKE ist Verlass. Sie wird auch nach der Wahl zu ihren Äußerungen stehen.

Text: Götz Lange, Direktkandidat für NRW

Mit beiden Stimmen am 14. Mai:

ZEIG STÄRKE
für ein sozial gerechteres NRW.

Mit uns. Für Dich.

DIE LINKE.

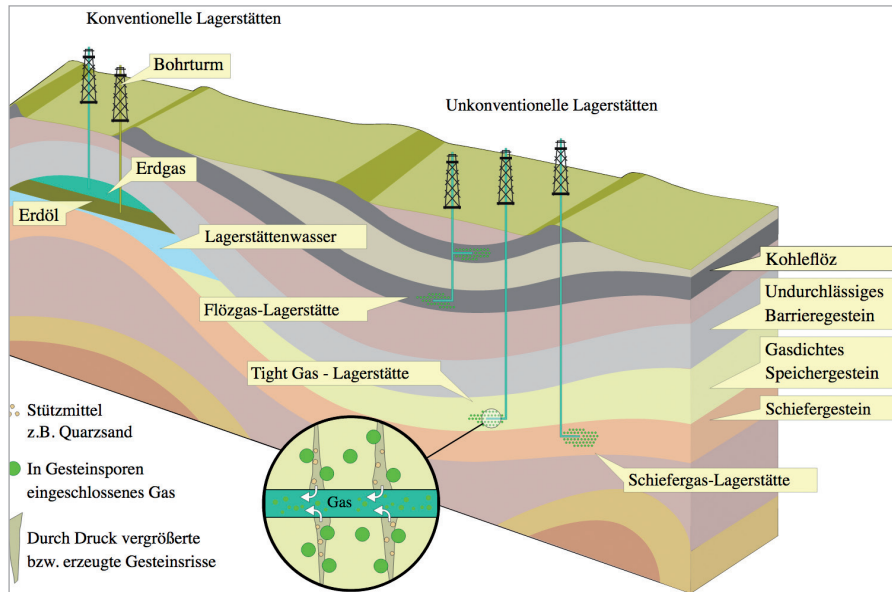
dielinke-nrw.de

Am 14. Mai wählen gehen!!!

Fracking in NRW

Die Auseinandersetzung um Fracking in NRW geht weiter. Fracking ist eine unbeherrschbare Risikotechnik. Sie führt zu Grundwasserverseuchungen und Erdbeben, hat eine ungelöste Entsorgungs-

Gebieten. Die Gewinnung des Gases ist aber nur mit der in dieser Gesteinschicht unzulässigen Fracking-Methode möglich. Aber statt die Verlängerungsanträge umgehend abzulehnen, verlän-



Grafik: MagentaGreen, Wikimedia commons, CC-BY-SA 4.0)

problematisch und eine miserable Klimabilanz. Die Bundesregierung hat mit ihrem im Februar in Kraft getretenem Fracking-Recht die Tür weit für Fracking geöffnet. Fracking in bestimmten Sandgesteinen, sogenannten Tight-Gas-Reservoirs ist in jeder Tiefe erlaubt. Und die vorläufige Untersagung von Fracking im Schiefergestein soll 2021 auf den Prüfstand. Die Konzerne arbeiten bereits jetzt daran, uneingeschränkt fracken zu können.

Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung um die großflächigen Claims Rheinland und Ruhr der Wintershall Holding GmbH, einer 100-prozentigen Tochter der BASF, in NRW zu sehen. Das Feld Ruhr zieht sich dabei auch durch den Kreis Mettmann. Im Herbst 2016 stellte Wintershall den Antrag auf Verlängerung ihrer Aufsuchungserlaubnisse für die beiden Felder. Damit zielte sie auf die Schiefergasmenge in beiden

gebieten. Die Bezirksregierung Arnsberg diese erst einmal um ein halbes Jahr – trotz aller Beteuerungen der Landesregierung zum landesrechtlichen Verbot des Fracking. Die nachfolgende Beteiligung der Gemeinden wurde dann zur Farce. Fast vollständige Schwärzungen der Unterlagen machten eine Bewertung praktisch unmöglich. Hier zeigt sich, dass gerade SPD-Wirtschaftsminister Duin an demokratischer Mitwirkung kein Interesse hat.

Dass die Verlängerung der Aufsuchungserlaubnisse dann trotzdem abgelehnt wurde, ist dem engagierten Protest von Bürgerinitiativen, Kommunen und LINKEN zu verdanken. Während sich andere Parteien bei diesem Thema weggeduckt haben, hat DIE LINKE Druck gemacht.

Doch weiter betreiben die Bezirksregierung Arnsberg und die Landesregierung hinsichtlich der Versagensbescheide

Heimlichterei. Eine Veröffentlichung im Internet erfolgte nicht. Daher hat Hubertus Zdebel, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, die Übermittlung dieser Verwaltungsakte und ihrer Begründungen nach dem Umweltinformationsgesetz beantragt. Sobald sie bei ihm eintreffen, werden sie auf seiner Homepage www.hubertus-zdebel.de veröffentlicht.

Doch statt die Bescheide umgehend zur Verfügung zu stellen, hat die Behörde erst einmal Wintershall hinzugezogen und um die Meinung des Konzerns gebeten. Damit wird die Übermittlung faktisch von der Zustimmung der Firma abhängig gemacht. Dass eine Behörde einem Gaskonzern hierdurch die Möglichkeit eröffnet, den Informationsanspruch der Öffentlichkeit zu unterlaufen, ist ein handfester Skandal. Behördenbescheide werden so zu Geheimdokumenten. DIE LINKE fordert, dass die Behörde sich nicht auf langwierige Verfahrensschritte mit Wintershall einlässt, sondern gemäß den Bestimmungen des Umweltinformationsrechts umgehend entscheidet und die Unterlagen zur Verfügung stellt.

Auch für die Zukunft können die Menschen in den Feldern Rheinland und Ruhr nicht sicher sein. Wintershall hat Ministerpräsidentin Kraft, Wirtschaftsminister Duin und Umweltminister Rammel den Gefallen getan, die Auseinandersetzung um die beiden Claims aus dem NRW-Landtagswahlkampf herauszuhalten und auf eine Klage zu verzichten. Doch nach der Landtagswahl könnte der Konzern neue Aufsuchungserlaubnisse in den alten Gebieten beantragen. Dagegen hilft nur ein Fracking-Verbot ohne Ausnahmen, das im Bundesberggesetz festgeschrieben werden muss. Dafür setzt sich DIE LINKE konsequent ein.

Text: Hubertus Zdebel,
Mitglied im deutschen Bundestag



Sozialwohnungen in Velbert = Mangelware!

Während die SPD im Kreis Mettmann kurz vor der Landtagswahl auf einmal den Sozialen Wohnungsbau wieder entdeckt (bisher sprach man nur von „bezahlbarem Wohnraum“) und z. B. in Haan und Heiligenhaus eine städtische Wohnungsgesellschaft dafür fordert, hat die SPD in Velbert alles andere in der Richtung getan.

Noch vor 10 Jahren wollte man gemeinsam mit der CDU die WOBAU verkaufen, drei Jahre später stimmten CDU und SPD (gegen den Widerstand der LINKEN) dem Verkauf von über 1.500 Wohnungen an die privaten Immobilienfonds Brack Capital und Grand City zu! Und seitdem hat unseres Wissens die (eigentlich) immer noch im städtischen Besitz befindliche WOBAU zwar jede Menge Einfamilien-Reihenhäuser, aber keine Sozialwohnungen mehr in Velbert gebaut! Ursprünglich sollte jede vierte Wohnung in der Seniorenwohnanlage an der Oststraße öffentlich gefördert

werden, aber auch davon ist jetzt keine Rede mehr: Alle Wohnungen dort werden für ca. 200.000 Euro und mehr als Eigentumswohnungen angeboten ...

DIE LINKE hat schon vor Jahren auf das Problem der wegfallenden Sozialwohnungen in Velbert hingewiesen und eine Quote von 50% öffentlich geförderten Wohnungsbau gefordert. Die anderen Parteien im Rat hat das nicht im Entferntesten gejuckt! Nun weist die SPD für den Kreis Mettmann ganze 143 Anträge auf öffentliche Mittel für Mietwohnungen in den letzten 2 Jahren nach.

Auf Velbert entfielen davon ganze 31. Gleichzeitig befinden sich in Velbert aber seit Ende 2014 234 Sozialwohnungen in der sogenannten „Nachwirkungsfrist“, d. h. sie fallen aus der Mietpreisbindung, ihre Mieten werden dann, im sogenannten freien Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem „freien Markt“ ermittelt. Und dabei werden die bisherigen Mieten

von durchschnittlich ca. 5,50 Euro/qm mit Sicherheit nicht sinken, sondern steigen und damit vor allem Durchschnittsverdiener und einkommensschwache Haushalte mehr belasten – wobei die mehrfache Erhöhung der Grundsteuer B die Mieten schon verteuert hat!

Ende 2014 suchten über 500 Menschen in unserer Stadt dringend eine preiswerte Wohnung, darunter auch zahlreiche Arbeitnehmerfamilien und RentnerInnen. Aber was tut die Stadt Velbert in Sachen sozialer Wohnungsbau? Weniger als nichts, denn die noch verfügbaren Flächen sind in den letzten Jahren fast ausschließlich als Einfamilien-Reihenhäuser privat „vermarktet“ worden. Dabei haben fast alle Ratsparteien (bis auf DIE LINKE!) immer zugestimmt – auch die SPD mit ihrem Landtagsabgeordneten.

DIE LINKE in Velbert wird aber weiterhin die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum für alle in Form sozial geförderter Neubauwohnungen stellen – nicht nur im Wahlkampf! Denn wer kann sich sonst noch in Zukunft hier eine Wohnung leisten?! Ausser mit Wohngeld, das dann die ohnehin klamme Stadt bezahlen muss... Den aktuellsten Antrag dazu stellte DIE LNKE Velbert im April im Sozialausschuss.

Rainer Köster, DIE LINKE - Kreistagsabgeordneter



Während ein Vertreter der CDU von „nur“ 120 Häusern sprach und der Vorsitzende von „Velbert anders“ darauf verwies, dass alles noch Jahre dauern kann, konnte durch den Vertreter der Partei DIE LINKE anhand des Rahmenplanes die Zahl von ca. 170 EFH belegt und auch nachgewiesen werden, dass bereits ein Bebauungsplan im kommenden Jahr möglich sei. Schon in der Bezirksausschusssitzung vom Januar 2017 hat DIE LINKE gegen diesen Rahmenplan gestimmt und wird das auch weiterhin tun und die Anwohner nach Kräften unterstützen.

Text: Bernd Spiekermann



Rahmenplan Eichholtzstrasse/Schlagbaum

Bürger üben Kritik am Rahmenplan

Bei einer von den Anwohnern einberufenen Versammlung wurde massive Kritik am Rahmenplan der Stadt Velbert geübt. Dieser sieht vor, ca. 170 Einfamilienhäuser zu erstellen und somit ein Gebiet von ungefähr 10 Hektar zu überbauen.

Kritisiert wurde besonders, dass die betroffenen Anwohner nur durch eine Zeitungsnotiz von diesem Vorhaben

erfahren. Gewünscht hätte man sich im Vorfeld eine Informationsveranstaltung der Stadt mit den Betroffenen. Viele weitere Einwände der Teilnehmer betrafen u. a. die Versiegelung der Landschaft, den Wegfall eines Stück Naherholungsgebietes, stark erhöhtes Verkehrsaufkommen durch Nutzung des geplanten Gebietes als Abkürzungsstrecke, zusätzliche Umweltbelastungen und auch Kostenbelastungen für die heutigen Anwohner.



AfD – immer noch keine Alternative für Deutschland!

Wer glaubt, dass die AfD eine Partei für Arbeitnehmer ist, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten!

Leider sind Rechtspopulisten überall in Europa verstärkt erfolgreich. In Deutschland ist es die AfD, die sich teils bürgerlich gibt, teils aber klare Positionen hat. Sie nennen sich Protestpartei aber gegen was protestieren sie? Jedenfalls nicht gegen die Reichen und Mächtigen im Land. Sie schüren vorhandene Ängste der Bürger davor sozial abgehängt zu werden – aber sie hetzen damit die kleinen Leute (sprich deutsche Hartz IV-Empfänger und Flüchtlinge)

gegeneinander auf, statt zu benennen, wer wirklich am sozialen Desaster Schuld ist!

Wer hat seit Jahren den sozialen Wohnungsbau ausgesetzt, mehr Steuern für Reiche verhindert oder Hartz IV erfunden? Sind Flüchtlinge dafür verantwortlich? Nein, denn diese Themen wurden schon vorher entschieden.

Die AfD ist gegen Vermögens- und Erbschaftssteuer, Mindestlohn und gegen faire Beteiligung der Arbeitgeber bei Sozialversicherungen. Sie ist auch gegen höhere Renten und Sozialgelder. Stattdessen ist sie dafür, dass Hartz IV-Empfänger Sklavendienste verrichten

und große Unternehmen vermehrt von Steuern befreit werden.

Die AfD befürwortet zudem die Nutzung von Atomkraft und Fracking – und sie will die Rechte von Minderheiten sowie die freie Meinungsäußerung einschränken.

DIE LINKE
sagt

Die LINKE meint: Protest gegen die Etablierten Parteien? JA! Aber doch lieber mit uns – für eine echte Umverteilung von oben nach unten! Denn die wirklichen Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern sondern zwischen Oben und Unten!

Text: Ingrid Schween

Der Kandidat

Alle Wahlen wieder steht er an der Straß' verspricht ganz treu und bieder jenem dies und jener das.

Verteilt gern Wahlgeschenke Kulis, Blumen und and're Dinge damit stets man an ihn denke und schenke ihm die Stimme.

Doch ist die Wahl beendet die Stimmen sind gezählt der Kandidat sich von dir wendet du merkst, wen du gewählt.

Er lässt sich kaum noch blicken von Zeitungsbildern abgeseh'n denn wenn die Fotografen klicken bleibt er gern' mal steh'n.

Doch vor den nächsten Wahlen steht er wieder auf der Straß' verspricht ganz treu und bieder jenem dies und jener das.

Übrigens: Wir von der Partei DIE LINKE sind auch zwischen den Wahlen „auf der Straß“ für sie da – und wir halten was wir versprechen.

Modernes Märchen – oder Wahrheit?

Wie man einen Dezenten wählt ... Chancengleichheit für alle Bewerber?

In Velbert vor kurzem so geschehen, aber auch anderswo üblich, ist das „Scheinwahlverfahren“ und das geht folgendermaßen: Man nehme einen vorher zwischen den Parteien der „Regierungskoalition“ des Ortes abgesprochenen Kandidaten und stimme die Ausschreibung der Stelle auf das Bewerberprofil ab.

Da man aber dem (hinderlichen ...) Wahlgesetz für Wahlbeamte zum Schein genügen muss veranstalte man eine öffentliche Ausschreibung. Man suche sich aus den Bewerbern einige aus, die man dann zum Vorstellungstermin einlade. Kein Grund zur Besorgnis: Falls Bewerber eine weite Anreise haben oder gar zweimal anfahren müssen, denn die Fahrtkosten müssen die Bewerber selbst tragen.

Man lasse sie sich vorstellen, im Hauptausschuss – der extra dafür tagt – sowie die Schlussrunde noch einmal im Rat. Selbstverständlich steht auch der gewünschte Kandidat zur Wahl ... Dann wähle man – ob offen oder geheim ist dabei nicht erheblich, denn gewinnen kann nur einer – der vorher Abgesprochene ... und welch Wunder: So geschehen in Velbert.



Landesgesetz in NRW verhindert den Schuldenabbau in Kommunen

Zum ersten Januar 2017 trat eine Regelung in Kraft, nachdem jeder Ausschussvorsitzende der kommunalen Räte einen Zuschlag zu seiner Aufwandsentschädigung erhält. Von diesem Gesetz profitieren jedoch weitgehend nur die großen Parteien.

Es ist wichtig, das kommunale Ehrenamt zu stärken, aber diese Zielsetzung steht in einem Spannungsverhältnis zu der sehr angespannten Haushaltslage der Stadt. Einerseits werden hier die Privilegien der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker erweitert andererseits wird am Ehrenamt in Vereinen und Organisationen gespart. Daher ist zu befürchten, dass durch die-

se Ausgaben dafür weiterhin an anderer Stelle Gelder massiv gekürzt werden. So müssen z. B. Vereine hohe Mietzahlungen leisten um städtische Räumlichkeiten zu nutzen und werden damit in Ihren Aktivitäten eingeschränkt. Stärkung des Ehrenamts sieht anders aus.

Den Räten war ermöglicht worden, Ausnahmen von dieser Regelung festzulegen. Viele Räte, insbesondere in klammen Städten und Gemeinden, kamen dem nach und nahmen gleich alle Ausschüsse von dieser Regelung aus. Dem schob das Innenministerium des Landes NRW nun einen Riegel vor. In einem sogenannten Auslegungserlass wird festgelegt, dass

Ausschüsse nur dann von der Regelung ausgenommen werden dürfen, wenn sie besonders selten beraten.

Diese Neuregelung betrifft Velbert und andere Kommunen, die im Stärkungspakt sind, daher ist ein finanzieller Ausgleich von Seiten der Landesregierung dringend erforderlich.

Die Entscheidung des Innenministers Jäger führt alleine für Velbert zu Mehrausgaben von ca. 70.000 Euro. Eine hinreichende Finanzierung der Kommunen ist jedoch immer noch nicht geplant. Bei dieser Politik erstaunt es daher nicht, dass die NRW-Kommunen im bundesweiten Vergleich die höchsten Schulden zu verzeichnen haben. Die Fraktion DIE LINKE stimmte im Rat gegen die Erhöhung der Aufwandsentschädigung.

Von Arbeit in Würde leben können

Immer mehr Menschen arbeiten, müssen aber zur Aufstockung Hartz IV beantragen, da der Lohn nicht zum Leben reicht. Immer mehr Menschen haben in unsicheren Arbeitsverhältnissen ständig Angst um die nächste Anschlussbeschäftigung. Gleichzeitig wachsen mit dem laufenden Stellenabbau Arbeitsverdichtung und Stress.

Damit niemand mehr arm trotz Arbeit sein muss, fordert DIE LINKE einen Mindestlohn von 12 €. Das Land NRW kann dabei mit einem Landesmindestlohn in dieser Höhe vorangehen. Zahlreiche Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen haben solche eigenen Mindestlohngesetze. Sie gelten für alle Landesbeschäftigten, alle öffentlichen Aufträge und alle Träger, die öffentliche Zuwendungen erhalten. Gerade NRW als Land mit vielen Niedriglohnbeschäftigten braucht ein solches Signal für eine deutlich höhere Lohnuntergrenze.

Unsichere Arbeit und unsicheres Leben bedeuten Leiharbeit, Werkverträge, missbräuchliche Befristungen und 1-€ Jobs. Gut 190.000 Menschen in NRW arbeiten in Leiharbeitsunternehmen. Für sie heißt das meist: niedrigere Löhne, schlechtere Berufsperspektiven und nur selten die Übernahme in feste Jobs. Das mittlere Einkommen von Beschäftigten in der

Leiharbeit liegt bei nur 57 Prozent des mittleren Einkommens aller Beschäftigten. Die Stammbeschaften werden immer weiter reduziert und durch wechselnde Leiharbeiter*innen ersetzt. Wir wollen Lohndumping durch Leiharbeit beenden. Es muss gelten: gleicher Lohn plus Flexibilitätszuschlag, bei einer Aus- und Verleihdauer von höchstens 3 Monaten.

DIE LINKE will den Missbrauch von Werkverträgen gesetzlich stoppen, die Tarifflucht aufhalten und Tarifverträge zum Standard machen, unter anderem durch einfachere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

Befristete Verträge für ein oder wenige Jahre sind bei Neueinstellungen fast zur Regel geworden. Im öffentlichen Dienst sind sie vor allem an Hochschulen, im Ganztags an Schulen und in Kitas ein häufiges Problem. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, deren Leben dadurch nicht planbar ist und die in ständiger Sorge um ihren Arbeitsplatz leben. Auch die Qualität der Arbeit wäre ohne diesen Druck und ständige Wechsel auf den Stellen besser. Wir wollen Befristungen von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund abschaffen und Kettenbefristungen wirk-

Text: Götz Lange,
Direktkandidat
DIE LINKE NRW



sam unterbinden. Befristungen mit Sachgrund müssen an hohe Anforderungen geknüpft werden.

Wer Hartz IV bezieht, wird häufig von den Jobcentern gezwungen, solche 1-Euro-

Jobs anzunehmen. Diese zwingen die betroffenen, für Hungerlöhne und ohne arbeitsrechtliche Standards wie Kündigungsschutz, Urlaub etc. zu arbeiten. Davon profitieren allein die Maßnahmenträger bzw. Kommunen. Deshalb fordert DIE LINKE seit langer Zeit die Abschaffung von 1-Euro-Jobs und ihre Ersetzung durch sozialversicherte und tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse.

Sichere Arbeitsverträge und die Einhaltung von Tarifverträgen schützen vor Lohndumping. Sie stärken den Beschäftigten den Rücken, damit sie gemeinsam für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen können. Dem versuchen Arbeitgeber sich zunehmend zu entziehen. Landtag und Landesregierung müssen die Möglichkeiten des Tarifvertragsgesetzes besser ausschöpfen, um Tariflöhne und tariflich geschützte Arbeitsbedingungen in NRW zu stärken.

Warum Martin Schulz bei Hartz IV Unrecht hat

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Das sind die beiden ersten Sätze unseres Grundgesetzes. Die Grundlage, auf der die Werte unseres Rechtsstaates aufbauen sollen. Warum ich das für erwähnenswert halte? Natürlich, weil die Realität diesem Ideal nicht entspricht. Und zwar mit Absicht.

Zur Würde des Menschen gehört, neben dem Recht auf Leben, Gesundheit, freier Meinungsäußerung, freie Ausübung (oder nicht-Ausübung) von Religion, der Freiheit von Benachteiligung auf Grund des Geschlechtes, der Herkunft, der sexuellen Orientierung usw. nicht zuletzt auch das Recht auf das „sozioökonomische Existenzminimum“.

Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass ein Mensch in unserem Land für die Befriedigung der nötigsten Grundbedürfnisse nicht betteln müssen soll. Er kann sie, wenn er in Not gerät, mit geradem Rücken als sein Recht einfordern. Wohnung, Essen, Kleidung und die Möglichkeit zur Teilnahme am öffentlichen Leben sind aus Sicht des Grundgesetzes

ohne Wenn und Aber zu gewähren.

Dazu gibt es höchste Gerichtsurteile, die verlangen, dass die staatlichen Sozialleistungen mindestens das ermöglichen müssen. Nun möchte ich für alle, die Hartz IV nur aus der Zeitung kennen, erklären, warum Hartz IV das nicht nur nicht leistet, sondern im Gegenteil geradezu dafür gemacht ist, genau das nicht bezahlen zu müssen: Hartz IV bindet die Auszahlung von Leistungen an den Gehorsam des Antragstellers. Wer Hartz IV beziehen will, wird nach Belieben zu Terminen zitiert, in Maßnahmen und 1-€-Jobs gesteckt, ist von Zwangsumzügen bedroht und muss dicke Stapel komplexer Formulare ausfüllen, Nachweise erbringen und dann oft noch wegen fehlerhafter Bescheide zum Sozialanwalt gehen. Manch einer kapituliert da.

Mit „Menschen in Arbeit bringen“ hat all das wenig zu tun. Nicht nur, weil es die nötigen Arbeitsplätze dafür überhaupt nicht gibt. Sondern auch, weil ein großer Teil dieser Maßnahmen wirkungslos ist. Dazu kommt ein Umgangston in den Ämtern, der oft nicht gerade von Achtung vor der Menschenwürde zeugt.

Warum das alles?

Jeder Mensch, der sich aus Frust und Verzweiflung vom Amt abmeldet und versucht, ohne Stütze klar zu kommen. Jeder, der gegen einen fehlerhaften Bescheid nicht vorgeht. Jeder, der zu spät zu einem Termin kommt oder eine sinnlose Maßnahme abbricht und dafür eine Sanktion bekommt, jeder, der einen Umzug ablehnt und dann selbst von seinem Hartz IV Mietkosten bezahlen muss, spart dem Staat Geld. Und Sanktionen können die Leistung bis auf null senken, was auch gemacht wird.

Rankings, welche Jobcenter Sanktionen verhängen und Dienstanweisungen, man solle den Leistungsberechtigten das Leben im Leistungsbezug möglichst unbequem machen, wie sie von der Jobcenter Insiderin Inge Hannemann aufgedeckt wurden, vervollständigen das Bild. Und jetzt stellt sich SPD Kanzlerkandidat Martin Schulz vor die Presse und sagt, von Details abgesehen sei Hartz IV eine gute Sache und das mit den Sanktionen würde „überhöht dargestellt“.

Dagegen sagt DIE LINKE: Die Menschenwürde ist für uns nicht verhandelbar. Wir fordern ein Ende der Hartz IV-Sanktionen. Hartz IV muss durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die den Ansprüchen des Grundgesetzes auch wirklich entspricht.

Text: Götz Lange, Direktkandidat Landtagswahl

So unterschiedlich schieben NRW Städte ab:

Im Gegensatz zu Städten wie Mülheim (2 Abschiebungen), Neuss (4 Abschiebungen), Wuppertal (8 Abschiebungen), oder Düsseldorf (152 Abschiebungen) ist der CDU-geführte Kreis Mettmann weit abgeschlagen und steht mit 287 Abschiebungen an der Spitze.

Wie bei vielen anderen Entscheidungen spielt die CDU auch hier eine unchristliche menschenverachtende Vorreiterrolle. Nicht Abschiebung, sondern Ursachenbekämpfung und aktive Friedenspolitik ist das Gebot der Stunde.

DIESE STÄDTE UND KREISE SCHOBEN 2016 AM MEISTEN AB	
Stadt	Anzahl
Kreis Mettmann	287
Kreis Coesfeld	245
Essen	212
Kreis Kleve	209
Märkischer Kreis	187
Köln	187
Düsseldorf	152
Duisburg	137
Bielefeld	136
Kreis Soest	125

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Ingrid Schween und Harry Gohr

Adresse:

Offerstr. 14a, 42551 Velbert

Telefon: 0 20 51 93 28 10

E-Mail: mail@dielinke-velbert.de

Web: www.dielinke-velbert.de

Öffnungszeiten des Büros:

Montags von 17.00 bis 18.00 Uhr;

Donnerstags von 15.30 bis 17.00 Uhr

Donnerstags ist zudem eine fachkundige Hartz IV- und Sozialberatung vor Ort!

Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.